

15.01.2020

Neudruck

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Schule und Bildung

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 17/6138 -

Gemeinsam für die Berufskollegs in NRW

Berichterstatlerin

Abgeordnete Kirstin Korte

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 17/6138 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 15.01.2020 /Ausgegeben: 16.01.2020 (16.01.2020)

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Gemeinsam für die Berufskollegs in NRW“ (Drucksache 17/6138) wurde am 23. Mai 2019 vom Plenum an den Ausschuss für Schule und Bildung zur alleinigen Beratung überwiesen.

Die antragstellenden Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN leiten in ihren Antrag wie folgt ein: „Die Berufskollegs in NRW nehmen verschiedene Aufgaben im Bildungssystem wahr. Sie sind unverzichtbar bei der dualen Ausbildung, bieten die Möglichkeit nachholender Schulabschlüsse bis hin zu Abitur und Fachabitur, sind wichtig als Fachschulen, sorgen für Orientierung und Ausbildungsreife, leisten wertvolle Arbeit bei Integration und Inklusion.“

Die Fraktionen führen weiter aus, dass sich die Arbeit der Berufskollegs sich in den letzten Jahren verändert habe und sich weiter verändern müsse, um die aktuellen und künftigen Herausforderungen meistern zu können. Mit Bezug auf eine Studie des Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm, die beschreibt, dass die Berufsschulen bis zum Jahre 2030 ca. 60.000 Lehrkräfte benötigt werden, wird auf den Lehrermangel in dieser Schulform hingewiesen.

Das Parlament soll auf Wunsch der antragstellenden Fraktionen feststellen, dass die Landespolitik hat im Bereich der Beruflichen Bildung seit vielen Jahren eine überparteiliche Zusammenarbeit gezeigt hat. Als Beispiel wird der im November 2018 verabschiedete Antrag „Die berufliche Bildung fit für die Zukunft machen“ (Drucksache 17/3806) genannte, der einstimmig verabschiedet und die Landesregierung darin aufgefordert wurde, mit einem begrenzten Schulversuch zu prüfen, wie sich Berufskollegs zu Regionalen Berufsbildungszentren weiterentwickeln können. Aber die Herausforderungen, vor denen die Berufskollegs stehen, gingen weit darüber hinaus.

Es wird außerdem gefordert, dass der Landtag ein Gremium gemäß § 62 seiner Geschäftsordnung einrichten soll in dem er gemeinsam mit den Verbänden die drängenden Fragen der Weiterentwicklung der Berufskollegs bespricht und auslotet, welche rechtlichen Veränderungen notwendig und sinnvoll sind.

B Beratungsverfahren

Der Ausschuss für Schule und Bildung hat sich in seiner Sitzung am 19. Juni 2019 mit dem Antrag beschäftigt und sich auf die Durchführung einer Anhörung von Sachverständigen verständigt.

Folgende Experten wurden vom Ausschuss am 6. November 2019 gehört:

| Sachverständige | Stellungnahmen |
|--|----------------|
| Andreas Oehme Westdeutscher Handwerkskammertag Düsseldorf | 17/2000 |
| Unternehmer NRW Tanja Nackmayr Düsseldorf | 17/1967 |
| IHK NRW Robert Schweizog Düsseldorf | 17/1929 |
| Stefan Behlau Verband Bildung und Erziehung Landesverband NRW Dortmund | 17/1863 |
| Michael Suermann Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs NW e.V. Düsseldorf | 17/1919 |
| Hilmar von Zedlitz-Neukirch Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen NW e.V. Düsseldorf | 17/1854 |

Ferner haben die Sachverständigen Norbert Wichmann (DGB NRW), Sebastian Krebs, (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) sowie Ulrich Bösl (Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschland) ebenfalls an der Anhörung teilgenommen (vgl. Ausschussprotokoll 17/794).

C Ergebnis

Am 15. Januar 2020 tagte der alleinbefasste Ausschuss für Schule und Bildung letztmalig zum Thema. Anschließend wurde der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP sowie der Fraktion der AfD abgelehnt.

Kirstin Korte
- Vorsitzende -